

Aktenzeichen:	II-1221
Geschäftsbereich:	II
Organisationszeichen:	X913
Gültigkeit:	ab dem 13.06.2019

Arbeitsanleitung Nr. 026
Einstiegsgeld bei Aufnahme einer
sozialversicherungspflichtigen oder selbstständigen
Erwerbstätigkeit

§ 16b Einstiegsgeld

(1) Zur Überwindung von Hilfebedürftigkeit kann erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen oder selbstständigen Erwerbstätigkeit ein Einstiegsgeld erbracht werden, wenn dies zur Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt erforderlich ist. Das Einstiegsgeld kann auch erbracht werden, wenn die Hilfebedürftigkeit durch oder nach Aufnahme der Erwerbstätigkeit entfällt.

(2) Das Einstiegsgeld wird, soweit für diesen Zeitraum eine Erwerbstätigkeit besteht, für höchstens 24 Monate erbracht. Bei der Bemessung der Höhe des Einstiegsgeldes sollen die vorherige Dauer der Arbeitslosigkeit sowie die Größe der Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt werden, in der die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte lebt.

(3) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen ohne Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung zu bestimmen, wie das Einstiegsgeld zu bemessen ist. Bei der Bemessung ist neben der Berücksichtigung der in Absatz 2 Satz 2 genannten Kriterien auch ein Bezug zu dem für die oder den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten jeweils maßgebenden Regelbedarf herzustellen.

Zielsetzung

Die Förderung mit Einstiegsgeld (ESG) ist eine Ermessensleistung der aktiven Arbeitsförderung. Dadurch steht den Integrationsfachkräften (IFK) ein flexibles und am individuellen Bedarf ausgerichtetes Instrument zur Beseitigung individueller Problemlagen zur Verfügung. Ziel dieser Eingliederungsleistung ist ein zusätzlicher finanzieller Anreiz zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder selbstständigen Tätigkeit. Sie bietet somit ein probates Mittel, um gerade beim Kreis der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) zusätzliche Anreize für die Aufnahme einer Beschäftigung oder Selbstständigkeit zu schaffen. Das ESG ist eine zeitlich befristete Zuschussleistung, die nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet wird.

Inhaltsverzeichnis

1. Fördervoraussetzungen.....	4
2. Prognose	5
3. Fachliche Feststellung Dokumentation der Förderentscheidung	5
5. Ausgestaltung der Förderung	6
5.1 Einzelfallbezogene Bemessung	6
5.2 Pauschalierte Bemessung bei besonders zu fördernden Personengruppen	7
6. Förderdauer und Voraussetzungen bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit	7
7. Zusammenarbeit mit dem ILC bei sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit	7
8. Förderdauer und Voraussetzungen bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit	8
8.1 Förderungsausschlüsse bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit	12
8.2 „De-minimis“-Beihilfe bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit	13
9. ESG Berechnungstool	14
10. Verhältnis zu anderen Eingliederungsleistungen	14
11. Anlage Datensatz in COSACH	15

Paragrafen ohne Bezeichnung des Gesetzes sind solche des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II).

Die Inhalte und Weisungen der jeweils gültigen Fassung der „SGB II Fachlichen Hinweise Einstiegsgeld nach § 16b SGB II“ der Bundesagentur für Arbeit bilden die Grundlage für diese Arbeitsanleitung.

1. Fördervoraussetzungen

Die Leistungsgewährung nach § 16b kommt nur in Betracht, wenn die Voraussetzungen nach § 7 ff. bereits vorliegen.

Grundsätze der Förderung

ESG kann auch unmittelbar nach Antragstellung auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts als Sofortangebot nach § 3 Abs. 2 SGB II erbracht werden.

Sofortangebot

Über § 16b können eLb im Sinne der §§ 7 ff., die arbeitslos, beschäftigungslos oder arbeitssuchend sind, bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen oder selbstständigen Tätigkeit gefördert werden. Dies ermöglicht somit auch die Förderung mit ESG bei vorherigen Teilnehmenden an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (z.B. Arbeitsgelegenheit, Maßnahme bei einem Arbeitgeber), Personen, die zu Gunsten einer Erwerbstätigkeit ihre Elternzeit beenden, Personen, die bereits einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen und eine neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen wollen und Personen, die zum Personenkreis des § 53 a Abs. 2 gehören.

Förderungsfähiger Personenkreis

Die Förderdauer und weiteren Voraussetzungen zur Gewährung eines ESG bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit werden konkret unter dem Abschnitt 6 der Arbeitsanleitung dargestellt.

Die Förderdauer und weiteren Voraussetzungen zur Gewährung eines ESG bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit werden konkret unter den Abschnitten 7 bis 7.2 der Arbeitsanleitung dargestellt.

Alle weiteren Abschnitte der Arbeitsanleitung finden sowohl auf die unter Abschnitt 6 dargestellte sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit als auch auf die unter Abschnitten 7 bis 7.2 veranschaulichte selbstständige Tätigkeit Anwendung.

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden nur auf vorherigen Antrag erbracht. Als Antragstellung gilt jede schriftliche, mündliche oder fernmündliche Erklärung die erkennen lässt, dass Leistungen begehrt werden. Eine Bewilligung von ESG ist grundsätzlich ausgeschlossen, falls die Förderung einer zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits ausgeübten Erwerbstätigkeit beantragt wird.

Antragserfordernis

Antragstellung vor Arbeitsaufnahme

Ein formloser Antrag ist unverzüglich auf dem vorgesehenen Formblatt nachzuholen.

Formblatt

Die Antragstellung ist in der VerBIS-Kundenhistorie zu dokumentieren.

VerBIS

Da es sich beim ESG um eine Ermessensentscheidung handelt, sind alle wesentlichen Verfahrensschritte und Entscheidungen aussagekräftig und nachvollziehbar zu begründen und in VerBIS zu dokumentieren.

Ermessensausübung

2. Prognose

Vor Beginn der Förderung ist eine hinreichend gesicherte Prognose hinsichtlich der Beendigung der Hilfebedürftigkeit erforderlich. Diese Prognose muss im Rahmen der Eingliederungsstrategie nachvollziehbar in VerBIS mit einem allg. Vermerk begründet und dokumentiert werden. Gemeinsam mit den Verpflichtungen der/des eLb ist die Möglichkeit der Förderung mit ESG in die Eingliederungsvereinbarung (EinV) aufzunehmen.

EinV

3. Fachliche Feststellung Dokumentation der Förderentscheidung

Zur Sicherstellung einer gesetzeskonformen Leistungsgewährung, zur Dokumentation der zahlungsbegründenden Unterlagen sowie zur Unterstützung des Qualitätsmanagements sind alle Daten zu Maßnahmen, eLb und Förderungen zeitnah in den IT-Fachverfahren COSACH und VerBIS zu erfassen und aktuell zu halten. Seit einer Aktualisierung der BK-Vorlagen zum ESG ist die zum Antrag gehörende Stellungnahme (Fachliche Feststellung) nur noch über das Fachverfahren COSACH aufrufbar. Dies bedingt ein vorheriges Anlegen eines Datensatzes durch die zuständige IFK. Die Schritte zum Anlegen eines Datensatzes sind unter Abschnitt 10 ersichtlich. Nachdem der Reiter „Förderung entscheiden“ ausgefüllt worden ist, wird über COSACH automatisch ein VerBIS-Vermerk generiert. Dieser Vermerk stellt aber nicht ausreichend die Ermessensentscheidung dar. Dementsprechend ist ein weiterer VerBIS-Vermerk mit einer ausführlichen Ermessensentscheidung zu erstellen.

COSACH durch IFK

Zusätzlicher VerBIS-Vermerk zur Ermessensentscheidung

4. Grundsätze der Förderung

Die Förderung durch ESG dient primär der Überwindung und nicht der Reduzierung von Hilfebedürftigkeit.

Die Überwindung der Hilfebedürftigkeit ist grundsätzlich auf die/den eLb und nicht auf die gesamte Bedarfsgemeinschaft (BG) zu beziehen. ESG kann erbracht werden, wenn dies zur Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt erforderlich ist und mit der aufgenommenen Erwerbstätigkeit die Hilfebedürftigkeit durch die erzielten Erwerbseinkünfte künftig beendet werden kann oder wenn zu erwarten ist, dass der/die eLb innerhalb eines angemessenen Zeitraumes (bis zu 24 Monaten) nicht mehr auf passive Leistungen angewiesen sein wird. Es reicht somit aus, dass die Förderung perspektivisch und nachvollziehbar zur „Überwindung von Hilfebedürftigkeit“ geeignet sein wird.

Überwindung von Hilfebedürftigkeit

Wenn diese Prognose positiv ausfällt, so muss in einem zweiten Schritt die Förder Voraussetzung „zur Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt erforderlich“ im Rahmen einer Abwägungsentscheidung geprüft werden. D. h. das ESG muss zur Eingliederung notwendig sein. Notwendig ist die Förderung mit ESG, wenn eine berufliche Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt ohne die Förderung

Notwendigkeit der Förderung

und/oder auf andere (kostengünstigere) Weise voraussichtlich nicht erreicht werden kann. Eine allgemeine Eignung im Einzelfall - wie im ersten Prüfschritt - reicht für die Bewertung der Notwendigkeit des ESG nicht aus.

5. Ausgestaltung der Förderung

Das ESG soll eine Motivationshilfe sein, eine sozialversicherungspflichtige oder selbstständige Erwerbstätigkeit aufzunehmen und Personen unterstützen, deren zukünftiges Einkommen grundsätzlich bis zu 40% über dem bisherigen Bedarf liegt. Überschreitungen dieses Rahmens sind möglich und bedürfen einer umfassend dokumentierten Ausübung des Ermessens, aus der die Gründe für die Entscheidung hervorgehen. Durch Einführung des Mindestlohngesetzes (MiLoG) beträgt das Mindestgehalt bei einer 40-Stunden-Woche aktuell ca. 1.593 Euro brutto. Besonders wenn eLb im Bereich einer sozialversicherungspflichtigen oder selbstständigen Tätigkeit ein sehr hohes Bruttoeinkommen im Verhältnis zu seinem Gesamtbedarf erzielt (z.B. 2.000 Euro Bruttoerwerbseinkommen bei einem Regelbedarf von 424 Euro + geringere Bedarfe für Unterkunft und Heizung - Miete und Eigentum), ist die Erforderlichkeit bzw. die Dauer einer Förderung unter Ermessensausübung im Einzelfall durch die IFK zu prüfen.

**Verhältnis Einkommen
zum Gesamtbedarf eLb**

Jobcenter team.arbeit.hamburg will Integrationen unterstützen. Bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen besteht ebenfalls nach Ausübung des Ermessens und Feststellung der Notwendigkeit der Förderung die Möglichkeit, dem/der eLb ESG zu gewähren.

**Befristetes Arbeits-
verhältnis**

Eine vorangegangene Bewilligung von ESG (Tätigkeit zwischenzeitlich beendet) schließt eine erneute Förderung bei Aufnahme einer neuen Erwerbstätigkeit nicht aus (z. B. bei nahtlosem Arbeitswechsel), sofern die Voraussetzungen nach § 7 vorliegen. Dazu bedarf es jedoch einer erneuten Antragstellung und einer neuen Förderentscheidung.

**Wiederholte
Förderung mit ESG**

Ein Folgeantrag, der in Zusammenhang mit einem nahtlosen Arbeitswechsel erfolgt, soll grundsätzlich zumindest für die ursprünglich noch verbleibende Förderdauer, die aufgrund des nahtlosen Arbeitswechsels beendet wurde, bewilligt werden, soweit nicht objektive Gründe gegen eine grundsätzliche Förderung wegen der neuen Erwerbstätigkeit sprechen.

**Kumulierte
Gesamtförderdauer
beider Beschäftigungen
max. 12 Monate**

5.1 Einzelfallbezogene Bemessung

Der Grundbetrag des ESG darf höchstens 50 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs zur Sicherung des Lebensunterhalts nach § 20 betragen. Die Höhe des maßgebenden Regelbedarfs für die/den zu fördernden eLb kann u.a. aus dem Bewilligungsbescheid entnommen werden.

**Einzelfallbezogene
Bemessung**

Der Grundbetrag des ESG soll bei längerer Dauer der Arbeitslosigkeit in zwei Fällen ergänzt werden:

- bei einer vorherigen Arbeitslosigkeit von mindestens zwei Jahren.
- Bei einer vorherigen Arbeitslosigkeit von sechs Monaten, wenn besondere, in der Person der/des eLb liegende Hemmnisse für die Eingliederung in Arbeit vorliegen.

**Ergänzungsbetrag
längere Dauer der
Arbeitslosigkeit**

Bei der Berechnung der Dauer der Arbeitslosigkeit gelten für die Bemessung des ESG die Unterbrechungstatbestände des § 18 Abs. 2 SGB III entsprechend.

Berechnung unter Berücksichtigung des § 18 Abs. 2 SGB III

In beiden Fällen entspricht der Ergänzungsbetrag 20 Prozent des vollen Regelbedarfs zur Sicherung des Lebensunterhalts nach § 20 Abs. 2 Satz 1. Der Ergänzungsbetrag wird nicht von den maßgebenden/individuellen Regelbedarfen abgeleitet.

Der Ergänzungsbetrag berücksichtigt die Größe der BG. Dabei wird jedes zusätzliche leistungsberechtigte Mitglied der BG gleichermaßen berücksichtigt. Der Betrag für diesen Zuschlag wird je leistungsberechtigter Person auf 10 Prozent des vollen Regelbedarfs zur Sicherung des Lebensunterhalts nach § 20 Abs. 2 Satz 1 festgelegt.

Ergänzungsbetrag Größe der BG je leistungsanspruchsberechtigtes Mitglied

Die Ergänzungsbeträge sind als Sollregelung gestaltet. Bei Abweichung von der Sollvorschrift ist dies unter Ermessenausübung zu begründen.

5.2 Pauschalierte Bemessung bei besonders zu fördernden Personengruppen

Nach Punkt 2.5.2 der o.g. Fachlichen Hinweise muss die Personengruppe der pauschalierten Bemessung auf Ebene der Grundsicherungsstelle bestimmt werden. Für folgende besonders zu fördernde Personengruppen kann die pauschalierte oder einzelfallbezogene Bemessung zu Grunde gelegt werden (bei allen anderen Personengruppen nur die einzelfallbezogene Bemessung):

Personengruppen der pauschalierten Bemessung

- Besonders betroffene schwerbehinderte Menschen, schwerbehinderte und sonstige behinderte Menschen. Es handelt sich hierbei um Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Die gesundheitlichen Einschränkungen müssen eine Behinderung bei der Ausübung der Tätigkeit darstellen.
- Alleinerziehende.
- Menschen, die bei Aufnahme der Tätigkeit das 50. Lebensjahr vollendet haben.

6. Förderdauer und Voraussetzungen bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit

Die Entscheidung über die Förderdauer ist von der IFK im Rahmen der ersten Antragstellung einmalig zu treffen.

Bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit wird die Förderdauer für das ESG grundsätzlich auf bis zu 12 Monate begrenzt.

Max. Förderdauer 12 Monate

7. Zusammenarbeit mit dem ILC bei sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit

Für die Gewährung von ESG sind folgende nachvollziehbare und vollständige Unterlagen bzw. Angaben zugänglich zu machen:

- ausgefüllter und unterschriebener Antrag auf Gewährung von ESG
- abgeschlossener/ unterschriebener Arbeitsvertrag
- ausgefüllter Bemessungsbogen
- Ergebnis nach Anwendung des Brutto-Netto-Rechners

- Ergebnis nach Anwendung des Einkommensrechners
- Darstellung des Bedarfs des/der eLb (Regelleistung + BÜH) nach Prüfung in ALLEGRO (Abgleich bereinigtes Einkommen → Loslösung Hilfebezug
- ausführlicher Vermerk in VerBIS bei Abweichen vom Rahmen der Ermessenslenkung unter Punkt 5 (40%)
- ausführlicher Vermerk in VerBIS bei erwarteter Loslösung erst innerhalb von 24 Monaten (z.B. durch Tarifierhöhung, Schichtzulagen)
- Hinweis auf Vorliegen einer entsprechenden EinV (Kopie in E-Akte nicht erforderlich)
- ausgefüllter Vordruck fachliche Stellungnahme
- Förderentscheidung in COSACH bestätigen (siehe auch Punkt 11)

Die Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung (sog. Minijob) kann nicht mit ESG gefördert werden, da es sich hierbei nicht um eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit handelt.

**Förderausschluss
Minijob**

Unter dem Begriff "sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit" ist eine "sozialversicherungspflichtige Beschäftigung" im Sinne der §§ 24 und 25 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) zu verstehen. Maßgeblich ist dabei die Versicherungspflicht zur Arbeitslosenversicherung.

**Definition
sozialversicherungs-
pflichtige Tätigkeit**

Entsprechend scheidet eine Förderung nach § 16e (Eingliederung von Langzeitarbeitslosen) aus.

Ausschluss § 16 e

Die Entlohnung muss tariflich oder ortsüblich sein.

Entlohnung

Ferner ist das MiLoG zu beachten und einzuhalten. Seit dem 01. Januar 2019 beträgt der gesetzliche Mindestlohn 9,19 Euro pro Stunde.

MiLoG

Für Arbeitsverhältnisse von eLb, die unmittelbar vor Beginn der Beschäftigung langzeitarbeitslos im Sinne des § 18 Abs. 1 SGB III waren, muss der Mindestlohn in den ersten sechs Monaten der Beschäftigung nicht gewährt werden.

Es wird empfohlen, bereits bei der Antragstellung das Vorliegen von Langzeitarbeitslosigkeit gem. § 18 Abs. 1 SGB III zu prüfen, das Ergebnis zu bescheinigen (BK-Vorlage „Prüfung von Langzeitarbeitslosigkeit nach MiLoG“) und in VerBIS zu dokumentieren. Sollte die Prüfung der Antragsunterlagen ergeben, dass der vertraglich vereinbarte Lohn unter 9,19 Euro liegt, ist neben den tariflichen Ausnahmen spätestens dann das Vorliegen der Langzeitarbeitslosigkeit zu prüfen und das Ergebnis zu dokumentieren.

Bei Nichteinhaltung der Regelungen im MiLoG ist eine Förderung mit ESG nicht möglich.

8. Förderdauer und Voraussetzungen bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit

Die Entscheidung über die Förderdauer ist von der IFK im Rahmen der ersten Antragstellung einmalig zu treffen.

Bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit wird die Förderdauer grundsätzlich auf bis zu 18 Monate begrenzt. Voraussetzung hierfür ist:

- Perspektivische Beendigung der Hilfebedürftigkeit innerhalb von 24 Monaten nach Aufnahme der Tätigkeit (Prognose).

Selbstständigkeit
Maximale Förderdauer
18 Monate

Die Förderung kann nur im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der unmittelbaren Aufnahme einer hauptberuflichen selbstständigen Tätigkeit, einer Betriebsübernahme oder der Umwandlung einer bisher nebenberuflichen in eine hauptberufliche Selbstständigkeit geleistet werden.

Die Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit beginnt demnach mit dem Nachweis der tatsächlich aufgenommenen Geschäftstätigkeit und ist durch geeignete Unterlagen zu belegen (z.B. Anzeige Finanzamt, Gewerbeanmeldung, Bestätigung über den Wechsel eines Nebengewerbes in ein Hauptgewerbe). Bei freien Berufen/Kammerberufen (unabhängig von der offiziellen Zulassung) ist auf den Zeitpunkt abzustellen, ab dem eine zeitliche Verpflichtung/Bindung besteht (Verträge, Eröffnung Geschäftsräume, bei Künstleragentur geführt). In begründeten Einzelfällen kann diese Regelung auch auf Gewerbetreibende angewendet werden.

Die selbstständige Tätigkeit und eine freiberufliche Tätigkeit sind gekennzeichnet durch die frei gestaltete Tätigkeit und Arbeitszeit sowie die Verfügungsmöglichkeit über die eigene Arbeitskraft. Selbstständige arbeiten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung und tragen das wirtschaftliche Risiko ihrer Tätigkeit (unternehmerisches Risiko). Abhängig Beschäftigte hingegen arbeiten nach Weisungen und sind in die Arbeitsorganisation des/ der Arbeitgeber*in eingegliedert (§ 7 Abs. 1 SGB IV).

Definition
selbstständige
Tätigkeit

Die selbstständige Tätigkeit ist hauptberuflich, wenn sie mindestens 15 Stunden pro Woche umfasst und/oder wenn nicht andere abhängige oder selbstständige Tätigkeiten in der Summe in zeitlich höherem Umfang ausgeübt werden. Ein ergänzendes Kriterium zur Beurteilung der wirtschaftlichen Hauptberuflichkeit ist, ob die erzielten Einnahmen die Hauptquelle zur Bestreitung des Lebensunterhalts bilden. Personen, die mindestens eine/ einen Arbeitnehmer*in mehr als geringfügig in ihrem Betrieb beschäftigen, werden immer als hauptberuflich selbstständig tätig beurteilt.

Definition
Hauptberuflichkeit

Vor Beginn der Förderung ist eine hinreichend gesicherte Prognose hinsichtlich der Beendigung der Hilfebedürftigkeit erforderlich. Bei der Prognose und Förderentscheidung ist zu berücksichtigen, dass eine positive Tragfähigkeitsentscheidung nur erfolgen kann, wenn die persönliche und fachliche Eignung für die Unternehmungen/Gründungsvorhaben gegeben sind. Diese Prognose muss im Rahmen der Eingliederungsstrategie nachvollziehbar in VerBIS dokumentiert werden. Gemeinsam mit den Verpflichtungen der/des eLb ist der Förderumfang in die EinV aufzunehmen.

Prognose über
Beendigung der
Hilfebedürftigkeit

Den IFK ist ein Ermessen eingeräumt, welches sich sowohl auf die grundsätzliche Entscheidung zur Förderung nach dieser gesetzlichen Grundlage als auch auf die Auswahl und Gestaltung der Leistung im Einzelnen bezieht („Kann-Leistung“).

Ermessensausübung

Die Gewährung von ESG setzt eine positive Beurteilung der persönlichen Eignung der/ des Gründer*in und eine positive Prognose über die künftige Tragfähigkeit der Selbstständigkeit durch die IFK voraus.

Tragfähigkeit

Eine Förderung ist ausgeschlossen, wenn sich Anhaltspunkte für eine fehlende persönliche Eignung oder Tragfähigkeit ergeben. Im Rahmen der Ermessensausübung kann auch bei positiver Tragfähigkeitsbescheinigung durch eine fachkundige Stelle eine Ablehnung der Förderung erfolgen (mögliche Gründe: z.B. fehlende persönliche Eignung, ungünstige Prognose zur Nachhaltigkeit der Integration, Mitnahmeeffekte).

Eine selbstständige Tätigkeit ist tragfähig, wenn das unternehmerische Handeln des/der Selbstständigen auf Gewinn ausgerichtet und prognostisch dazu geeignet ist, die Hilfebedürftigkeit des/der eLb durch die selbstständige Tätigkeit innerhalb eines angemessenen Zeitraumes von bis zu 24 Monaten dauerhaft zu überwinden oder zu verringern.

Anhaltspunkte zur Beurteilung der Tragfähigkeit der konkret geplanten selbstständigen Tätigkeit können u.a. sein:

- eine aussagefähige Beschreibung des Existenzgründungsvorhabens (Geschäftsidee, Produkt/Dienstleistung, Markt und Wettbewerb, d. h. Kund*innenpotenzial kennen und Konkurrenz einschätzen, ggf. Alleinstellungsmerkmale, Marketing),
- das kaufmännische und unternehmerische Know-how der/ des Gründer*in,
- der Kapitalbedarfs- und Finanzierungsplan (Eigenkapitalanteil, Bedarf an Fremdkapital, Sicherheiten für Kredite) sowie eine Prognose, inwieweit dieser über Hausbankkredite, Mittel aus Landesprogrammen, Crowdfunding, Mikrokredite bzw. über „KfW-Mittel“ gedeckt werden kann,
- die Erlös- und Rentabilitätsvorschau (erwarteter Umsatz und Kosten) zur Ermittlung der vorhandenen Gewinnerwartungen für die nächsten drei Jahre,
- der Liquiditätsplan (Einschätzung der monatlichen Erträge auf drei Jahre, monatliche Kosten, Investitionskosten, monatlicher Kapitaldienst in Form von Zinsen und Tilgung, Liquiditätsreserven),
- der Nachweis ggfs. erforderlicher Zulassungsvoraussetzungen für die selbstständige Tätigkeit.

Für die Gewährung von ESG sind daher folgende nachvollziehbare und vollständige Unterlagen vorzulegen:

Notwendige Unterlagen für eine mögliche Gewährung von ESG

- vollständiger Businessplan
- Kopie der aktuellen Anlage Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit (EKS). Diese Anlage ist ebenfalls umgehend dem Bereich passive Leistungen vorzulegen.

- Bei Betriebsübernahmen sind von der/dem eLb Auswertungen zum vorangegangenen Betriebsergebnis anzufordern.
- Stellungnahme der fachkundigen Stelle zur Tragfähigkeit im Ankreuzverfahren (Tragfähigkeitsbescheinigung) und ergänzendes Beiblatt. Die Handelskammer stellt die Tragfähigkeitsbescheinigung kostenlos aus, wenn der/dem eLb die Notwendigkeit durch Jobcenter team.arbeit.hamburg (Vordruck oder EinV) bescheinigt wird.
- Der Textbaustein Handelskammer ist im Intranet unter Selbstständige und dort unter Handelskammer Hamburg zu finden.
- ausgefüllter und unterschriebener Antrag auf Gewährung von ESG nach § 16b
- ausgefüllte und unterschriebene fachliche Feststellung der IFK mit ausführlicher Begründung (Mitzeichnung Teamleitung ab 2.500 Euro)
- Hinweis auf Vorliegen einer entsprechenden EinV (Kopie nicht erforderlich)
- ausgefüllte und unterschriebene Erklärung der/des eLb zur Gewährung einer „De-minimis“-Beihilfe
- Gewerbeanmeldung, Bescheinigung des Finanzamtes bei freiberuflicher Tätigkeit (Vordruck BK-Vorlagenauswahl) oder Reisegewerbekarte
- Steuernummer/Finanzamtsbescheinigung:
Eine Steuernummer ist für alle selbstständigen Tätigkeiten erforderlich. Diese wird von den jeweils zuständigen Finanzämtern nach Prüfung der von der/dem eLb vorgelegten Unterlagen bei Vorliegen einer selbstständigen Tätigkeit im Sinne des § 2 Umsatzsteuergesetz vergeben und der/dem gewerblich oder freiberuflich tätigen Steuerpflichtigen vom Finanzamt schriftlich mitgeteilt. Dieses Schreiben des Finanzamtes ist von der/dem eLb vorzulegen. Ist die Zustimmung des Finanzamtes für das Gründungsvorhaben nicht erteilt worden, kann insoweit die Zustimmung der IFK zur Förderung dieser selbstständigen Tätigkeit nicht erteilt werden.
- Bonitätsprüfung durch geeigneten Nachweis (z.B. SCHUFA-Auskunft)
- Kostenübernahme für die Erstellung der Tragfähigkeitsbescheinigung:
Eine formlose Antragstellung bei der zuständigen IFK ist ausreichend. Eine Dokumentation in VerBIS ist notwendig. Eine Erstattung erfolgt bei Vorlage einer Rechnung. Die Rechnung ist mit einem VerBIS-Vermerk der IFK über die Notwendigkeit der Übernahme der Kosten und Benennung der Bankdaten der/des eLb an das Team Infrastruktur (Z112) zu senden. Die Erstattung der Kosten erfolgt von dort.

**Vorlage Schreiben
Finanzamt**

Die Tragfähigkeit sowie der Businessplan sind im Hinblick auf die Beendigung bzw. der Verringerung der Hilfebedürftigkeit anhand der nachfolgenden Punkte zwingend zu überprüfen:

**Tragfähigkeit /
Businessplan**

- der Businessplan muss persönlich erstellt worden sein (Hinterfragung des Businessplans im persönlichen Gespräch und Dokumentation in VerBIS)
- Vergleich Höhe der Privatentnahme mit den passiven Leistungen (SGB II) + zusätzliche Kosten (z.B. private Krankenversicherung/Pflegeversicherung) + Freibeträge

Die im Businessplan dargestellten Einnahmen sind mit den prognostizierten Werten aus der EKS abzugleichen. Diese sollen übereinstimmen.

Der vollständige Antrag ist vor Abgabe an das ILC auf Plausibilität zu prüfen.

Plausibilitätsprüfung

Auch bei bereits bestehenden Selbstständigkeiten im Nebengewerbe sind die notwendigen Unterlagen einzufordern.

Änderungen im Businessplan können dazu führen, dass eine erneute Tragfähigkeitsbescheinigung vorzulegen ist.

Befindet sich die/der eLb in der Privatinsolvenz, darf nur die Insolvenzverwaltung entscheiden, ob die/der eLb eine selbstständige Tätigkeit aufnehmen darf. Die Zustimmung zur Aufnahme der Selbstständigkeit ist in schriftlicher Form einzureichen. Eine Zustimmungspflicht durch die Insolvenzverwaltung zur Zuschussförderung nach § 16b ergibt sich grundsätzlich nicht aus der Insolvenzordnung.

**Private Insolvenz
Keine Zustimmungs-
Pflicht der Insolvenz-
verwaltung zur
Aufnahme der
Selbstständigkeit**

Die zuständige IFK erstellt eine Stellungnahme zum Antrag. Die Stellungnahme ist in der VerBIS-Dokumentenverwaltung zu hinterlegen.

Kommt die IFK zu einer ablehnenden Entscheidung, ist der gesamte Vorgang zur Umsetzung direkt an das ILC zu senden. Das ILC erstellt dann den entsprechenden Ablehnungsbescheid.

**Verfahren bei negativer
Entscheidung**

Kommt die IFK zu einer positiven Bewertung der Selbstständigkeit, ist der gesamte Vorgang mit einer ausführlichen schriftlichen Begründung zuständigkeitshalber an die Teamleitung X221 oder die Teamleitung X222 weiter zu leiten. Die Teamleitungen sichten die Fälle auf sachliche und rechtliche Richtigkeit und üben eine verlaufsbezogene Fallbetrachtung aus. Dabei beziehen sie bei Bedarf im Standort vorhandenes Fachwissen mit ein. Die Teamleitung dokumentiert in der Kundenhistorie das Ergebnis ihrer Prüfung.

**Verfahren bei positiver
Entscheidung**

Die abschließende Entscheidung trifft grundsätzlich die IFK. Eine Mitzeichnung und Entscheidung der Teamleitung ist ab einem Betrag in Höhe von 2.500 Euro notwendig.

**Entscheidungs-
befugnis**

8.1 Förderungsausschlüsse bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit

Kosten, die zur Aufnahme oder Ausübung der Selbstständigkeit notwendig sind, jedoch keine Sachgüter darstellen bzw. nicht unter die in dieser Arbeitsanleitung benannten Ausnahmen fallen, müssen durch Dritte abgedeckt werden, um eine Förderung möglich zu machen. Hierüber ist ein Nachweis vorzulegen.

Die zeitlich parallele Förderung von Tätigkeiten in mehr als einem Gründungsprojekt und/oder einer bestehenden Selbstständigkeit ist ausgeschlossen.

Die Umschuldung beziehungsweise Nachfinanzierung bereits abgeschlossener Vorhaben ist ausgeschlossen.

Es kann keine Kostenübernahme für die Erstellung des Gründungskonzeptes erfolgen.

Finanziell risikoreiche Unternehmen sind grundsätzlich auszuschließen (z.B. hohe laufende Fixkosten, weitere regelmäßige erforderliche Investitionen während der laufenden Selbstständigkeit, hohes Ausfallrisiko und geringe Rückzahlungsfähigkeit bei Darlehen. Hierzu könnten Statistiken der Handelskammer (Übersättigung, Anmeldungen/Abmeldungen oder Prognosen) herangezogen werden. In begründeten Ausnahmefällen ist eine ausführliche, detaillierte Stellungnahme notwendig.

Hierzu gehören insbesondere Unternehmen im

- Transportgewerbe¹
- Im- und/oder Export
- Online-Handel²

Ausschluss von Unternehmen

Auf Grund der Anwendung der „De-minimis“-Beihilfe auf die Leistungen nach § 16b sind folgende Wirtschaftszweige von der Förderung ausgeschlossen:

- Aquakultur
- Steinkohlebergbau
- Straßengütertransport: hier kein Erwerb von Fahrzeugen

Ausschluss von Wirtschaftszweigen

Des Weiteren sind Unternehmen, für die ein Insolvenzverfahren beantragt ist, ebenfalls von einer Förderung ausgenommen (hierzu können ggf. Informationen im Internet unter Insolvenzbekanntmachungen gefunden werden).

8.2 „De-minimis“-Beihilfe bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit

Bei Leistungen nach § 16b handelt es sich um sogenannte „De-minimis“-Beihilfen. Eine Förderung mit Leistungen nach § 16b ist eine Subvention, die im Sprachgebrauch der EU auch Beihilfe genannt wird. Da Förderungen nach § 16b Auswirkungen auf den lokalen und überregionalen Wettbewerb haben könnten, unterliegen sie dem EU-Beihilferecht. Dieses ist bei der Entscheidung über die Bewilligung zu berücksichtigen. Hierbei wird die „De-minimis“-Verordnung angewandt.

Die Summe aus der Förderung nach § 16b und sonstigen innerhalb der letzten drei Steuerjahre gewährten Beihilfen darf grundsätzlich den Betrag von 200.000 Euro nicht übersteigen.

EU-Beihilfe

Ausnahmen hierzu bilden

- Unternehmen im Bereich des Straßentransportsektors (Güter- und Personenbeförderung): Hier beträgt der maximal zulässige Betrag 100.000 Euro innerhalb von drei Steuerjahren (Artikel 3 Abs. 2 Sätze 2 und 3 VO 1407/2013),

¹ Definition: Verbringung von Waren von einem Ort an einen anderen (Nah-, Fern-, Umzugsverkehr aller Art)

² Elektronischer Handel, auch Internet- oder Onlinehandel, ist der Einkaufsvorgang via Datenfernübertragung innerhalb der Distributionspolitik des Marketings bzw. des Handelsmarketings, bei welchem das Sortiment an Waren oder Dienstleistungen im Internet elektronisch abgebildet, beschrieben und den Konsument*innen zur elektronischen Bestellung angeboten wird.

- Unternehmen in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Produkte. Bei ihnen beträgt der maximal zulässige Betrag 15.000 Euro (Artikel 3 Abs. 2 VO 1408/2013),
- Unternehmen des Fischereisektors. Sie unterliegen einem reduzierten Fördervolumen von maximal 30.000 Euro innerhalb des o.g. Zeitraums (Artikel 3 Abs. 2 VO 717/2014).

Es ist daher notwendig, von der/dem eLb vor Entscheidung einer Förderung von Leistungen nach § 16b die Erklärung zur Gewährung einer „De-minimis“-Beihilfe (BK-Vorlagenauswahl) ausfüllen und unterschreiben zu lassen. Diese ist mit den Antragsunterlagen an das ILC zu übersenden. Das ILC übersendet nach Erstellen des Bewilligungsbescheides eine „De-minimis“-Bescheinigung (BK-Vorlagenauswahl) an die/den eLb.

9. ESG Berechnungstool

Die Berechnung ist durch die IFK nachvollziehbar und aktenkundig zu dokumentieren.

Das ILC hat zur Vereinfachung der Berechnung des ESG eine Berechnungshilfe für die IFK erstellt. Der ESG-Bemessungsbogen ist im Intranet von Jobcenter team.arbeit.hamburg unter Vermittlung > Instrumente > Beschäftigungsförderung > ESG nach § 16b aufrufbar. Es wird empfohlen, jeder Bewilligung einen Ausdruck der Berechnung beizufügen.

10. Verhältnis zu anderen Eingliederungsleistungen

Die Förderung von ESG ersetzt keine Instrumente des § 16 Abs. 1, auch nicht in Verbindung mit den §§ 44 und 45 SGB III.

Öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse (Arbeitsgelegenheiten nach § 16d, Eingliederung von Langzeitarbeitslosen nach §16e) sind nicht mit § 16b zu fördern, da mit ESG nur die Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt förderbar ist.

**Abgrenzung zu
anderen Leistungen**

Eine Förderung der Ausbildungsaufnahme mit ESG ist nicht möglich, da Ausbildungsverhältnisse wegen ihrer besonderen Stellung nach dem Berufsbildungsgesetz nicht zum allgemeinen Arbeitsmarkt gehören.

Bei aufstockenden eLb führt die Gewährung von Gründungszuschuss nicht zum Ausschluss von ESG. Gründungszuschuss stellt ein anrechenbares Einkommen dar, ESG verfolgt dagegen eine andere Intention.

Die Gewährung von ESG an Rehabilitanden*innen ist nicht zulässig, weil es nicht Bestandteil des Rehabilitationsverfahrens sein kann.

Die gleichzeitige Bewilligung und damit die parallele Förderung durch Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen nach § 16c ist möglich. **§ 16c**

Aufstocker*innen sind seit dem 01.01.2017 grundsätzlich von den speziellen Eingliederungsleistungen des SGB II (§§ 16a - 16h) ausgeschlossen. Weiterhin kann ESG an diesen Personenkreis nicht nach Aufnahme der Erwerbstätigkeit - mit zeitgleichem Wechsel der Betreuung zurück in das Jobcenter team.arbeit.hamburg - erbracht werden.

**Arbeitslosengeld-I-
Aufstocker*innen
seit 01.01.2017**

11. Anlage Datensatz in COSACH

Sie sind hier: Startseite > Ergebnis der Suche nach Bewerber*innen > Maßnahmen und Leistungen

Daten zum Bewerber

- Kundendaten
- Stammdaten
- Lebenslauf
- Stärkenanalyse
- Online-Zusammenarbeit

Integrationsbegleitung

- Einschaltungen FD / Dritte
- Maßnahmen und Leistungen**

Termine & Dokumentation

- Aufgaben zum Bewerber
- Kundenhistorie
- Dokumentenverwaltung

Vermittlung

- Stellengesuche
- Bewerbungen / Vermittlungen

Maßnahmen und Leistungen

1 - 1 von 1 Einträgen

Status	Beginn	Ende	Bezeichnung	Aktionen
B: Bewilligt	01.07.2018	31.12.2018	Einstiegsgehalt (ESG) (§ 16b SGB II) - soz. vers. öff. Beschäftigung	

Legende Details zur Maßnahme aufrufen

In Verbis unter→ Maßnahmen und Leistungen→ COSACH öffnen

COSACH Bearbeiten Ansicht Wechseln zu ?

Desktop Desktopleiste Inhalt Desktopleiste

COSACH Masken

- Wiedervollagen
- Konsultationsplanung
- AMG
- Maßnahmenfinder
- Förderübersicht
- § 37
- § 42 IV SGB II
- Bildungsgutschein
- FAV
- TM Einzelfall
- ABM
- BEH
- AGH SGB II
- SVL SGB II
- VL SGB II
- SH
- RehaAufw
- VGS
- AMP

Förderfall erfassen

Welche Maßnahme/Leistung/Förderung bzw. welches Produkt möchten Sie für den Kunden suchen?

Suchen

Maßnahme/Leistung/Förderung bzw. Produkt	Verfahrenszweig
Eignungsabklärung (EA) (Rha § 49 Abs. 4 SGB II)	Reha-Aufw
Eingliederungszuschuss (EGZ) (§§ 89, 90 Abs. 1 SGB II)	BEH
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte (EGZ-SB) (§ 90 Abs. 2 SGB II)	BEH
Eingliederungszuschuss im Anschluss an Aus- oder Weiterbildung (EGZ-AuW) (§ 73 Abs. 3 SGB II)	BEH
Einstiegsgehalt (ESG) (§ 16b SGB II)	AMP
Einstiegsqualifizierung (EQ)	BEH
Erprobung innovativer Ansätze (EIA) (§ 135 SGB II) - Förderung für arbeitslose Teilnehmer	AMP
Erprobung innovativer Ansätze (EIA) (§ 135 SGB II) - Förderung für arbeitsuchende Teilnehmer	AMP
Erprobung innovativer Ansätze (EIA) (§ 135 SGB II) - Förderung für TN mit Status "nicht gesetzt"	AMP
Europäischer Globalisierungsfonds (EGF)	AMP
EV und BBB (iMoV-04)	AMP
Fernunterrichtsmaßnahme rehaspezifisch (FU) (iMoV-02/iMoV-02)	AMP
Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) (§ 5a AsylBLG)	AMP
Förderung schwer erreichbarer Jugendlicher (§ 16h SGB II)	AMP
Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) (§ 16e SGB II)	AMP
Freie Förderung (FF-SGB II) (§ 16f SGB II) - Antrags- und Bewilligungsverfahren	AMP
Freie Förderung (FF-SGB II) (§ 16f SGB II) - Projektförderung nach §§ 23, 44 BHO	AMP
Freie Förderung (FF-SGB II) (§ 16f SGB II) - Vergabeverfahren	AMP
Gute Arbeit für Alltagsberufende (GAA) (ESF-Projektförderung)	AMP

Weiter >> Abbrechen

The screenshot shows the 'COSACH Teilnehmer - AMP' window. The left sidebar contains a tree view with categories like 'Wiederholungen', 'Förderbereich', and 'Förderfeld'. The main area has tabs for 'Kurzform', 'Person', 'Betreuer', 'Förderdaten I', 'Förderdaten II', 'Maßnahme', 'Träger', and 'OS'. The 'Kurzform' tab is active, displaying fields for 'Status', 'Stempel', 'Datum', 'Name', 'Vorname', 'Förderbereich', 'Förderart', and 'Förderfeld'. A blue arrow points to the 'Förderfeld' dropdown menu.

The screenshot shows the 'Teilnehmer erfassen - AMP' dialog box. The 'Förderfeld' dropdown menu is open, showing options: 'ESG-01: Einstiegsgeld - soz.vers.pfl. Beschäftigung' and 'ESG-02: Einstiegsgeld - selbständige Erwerbstätigkeit'. Blue arrows point to the 'Förderbereich', 'Förderart', and 'Förderfeld' dropdowns, and another blue arrow points to the 'OK' button.

Bei Förderfeld ist zwischen ESG-01 - bei sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder ESG-02 - für selbständige Erwerbsfähigkeit zu wählen.

The screenshot shows the 'COSACH Teilnehmer - AMP' window with the 'Förderdaten I' tab active. The 'Förderart' is set to 'ESG: Einstiegsgeld' and the 'Förderfeld' is set to 'ESG-01: Einstiegsgeld - soz.vers.pfl. Beschäftigung'. The 'Förderdaten I' tab contains fields for 'Zuständige Inst.-Nr.', 'Org.-Zeichen', 'Name', 'Vorname', 'E-Mail', 'Org.-Zeichen Vermittlung', 'Kostenträgerschaft', 'Kostenträgerschaft-Dat.-Nr.', and 'Programm'. Blue arrows point to the 'Zuständige Inst.-Nr.', 'Org.-Zeichen', 'Kostenträgerschaft', and 'Programm' dropdowns.

Förderdaten 1 → Daten entsprechend der Pfeile hinterlegen und speichern.

Kunde: [REDACTED]
Förderart: ESG: Einstiegsgeld
Förderfeld: ESG-01: Einstiegsgeld - soz.vers.pfl. Beschäftigung

Tab: Förderdaten I

Status: 0: angelegt
Beginn: [REDACTED]
Ende: [REDACTED]
Verlängerung bis: [REDACTED]
Letzter Tag der Teilnahme: [REDACTED]
Tatsächliches Ende: [REDACTED]
Dauer (Monate): [REDACTED]
Bemerkungen: [REDACTED]
Aufwandsmerkmal: [REDACTED]

Förderdaten II → Daten hinterlegen und anschließend speichern.

Kunde: [REDACTED]
Förderart: ESG: Einstiegsgeld
Förderfeld: ESG-01: Einstiegsgeld - soz.vers.pfl. Beschäftigung

Tab: Förderdaten II

Antragstellung: FNU
Bescheid vom: [REDACTED]
Auflocker: [REDACTED]
DKZ-Beruf: [REDACTED]
Bezeichnung: 1: Sozialhilfsgeld-Bemessung (EF)
Antragsteller gehört zu einer besonders zu fördernden Personengruppe: [REDACTED]
Bemessungsvariante gem. SGGV: [REDACTED]

Förderdaten III → Daten hinterlegen und anschließend speichern.

Kunde: [REDACTED]
Förderart: ESG: Einstiegsgeld
Förderfeld: ESG-01: Einstiegsgeld - soz.vers.pfl. Beschäftigung

Tab: Förderdaten III

Status: A: ausgegeben (Antrag bzw. Gutschein)
Beginn: 01.01.2018
Ende: 31.12.2018
Verlängerung bis: [REDACTED]
Letzter Tag der Teilnahme: [REDACTED]
Tatsächliches Ende: 31.12.2018
Dauer (Monate): 12,0
Bemerkungen: [REDACTED]
Aufwandsmerkmal: [REDACTED]

Förderdaten II wieder auswählen → Status auf „A: ausgegeben“ setzen und anschließend speichern.

COSACH Teilnehmer - AMP

Teilnehmer: Bearbeiten Ansicht Wechseln zu ?

Neu Speichern Löschen Drucken BK Vorheriger Nächster AG/Tüger Maßnahme Gültigkeit Desktop Desktopliste Inhalt Direkthilfe

AMP

COSACH Masken

- Wiedervorlagen
- Konsistenzprüfung
- eMIS
- Maßnahmenfinder
- Förderbescheid
- § 37
- § 42i/GANZL
- Bildungsgutschein
- FbV
- TM
- TM Einzelfall
- ABM
- BEH
- AGH SGB II
- SVL SGB II
- NVL SGB II
- BvB
- BNF
- Ruhe-Aufh
- VGS
- AMP

Kunde: [Redacted]

Förderart: **ESG: Einstiegsgeld** Förderfeld: **ESG-01: Einstiegsgeld - soz.vers.pfl. Beschäftigung**

Förderung entscheiden | Übergabe ERP | OS | Vermerke | Wiedervorlagen | Förderdaten I | Förderdaten II | Förderdaten III | **Kalkulation EF**

Kalkulation EF

Höchstbetrag [€]: 415,00 Beginn: 01.01.2018 Tatsächliches Ende: 31.12.2018
Dauer (Monate): 12,00

- Grundbetrag

Nr.	Ab	Individueller Regelbedarf des Antragstellers [€]	Fördersatz [%]	Grundbetrag [€]
1	01.01.2018			

- Ergänzungsbetrag

Nr.	Ab	nach vorheriger Arbeitslosigkeit - 1 [€]	nach vorheriger Arbeitslosigkeit - 2 [€]	nach Größe der BG - 1 [Anz.]	Zus. leistungsbere. Mitglieder BG - 2 [Anz.]	nach Größe der BG - 3 [€]	Ergänzungsbetrag [€]
1	01.01.2018						

- Einstiegsgeld

Nr.	Ab	Grundbetrag [€]	Ergänzungsbetrag [€]	Einstiegsgeld [€]
1	01.01.2018			

Neu **Ändern** **Löschen** Monatsabrechnung neu berechnen

Module

10.39.18

COSACH Teilnehmer - AMP

Teilnehmer: Bearbeiten Ansicht Wechseln zu ?

Neu Speichern Löschen Drucken BK Vorheriger Nächster AG/Tüger Maßnahme Gültigkeit Desktop Desktopliste Inhalt Direkthilfe

AMP

COSACH Masken

- Wiedervorlagen
- Konsistenzprüfung
- eMIS
- Maßnahmenfinder
- Förderbescheid
- § 37
- § 42i/GANZL
- Bildungsgutschein
- FbV
- TM
- TM Einzelfall
- ABM
- BEH
- AGH SGB II
- SVL SGB II
- NVL SGB II
- BvB
- BNF
- Ruhe-Aufh
- VGS
- AMP

Kunde: [Redacted]

Förderart: **ESG: Einstiegsgeld** Förderfeld: **ESG-01: Einstiegsgeld - soz.vers.pfl. Beschäftigung**

Förderung entscheiden | Übergabe ERP | OS | Vermerke | Wiedervorlagen | Förderdaten I | Förderdaten II | Förderdaten III | **Kalkulation EF**

Kalkulation EF

Höchstbetrag [€]: 415,00 Beginn: 01.01.2018 Tatsächliches Ende: 31.12.2018
Dauer (Monate): 12,00

- Grundbetrag

Nr.	Ab	Individueller Regelbedarf des Antragstellers [€]	Fördersatz [%]	Grundbetrag [€]
1	01.01.2018			

- Ergänzungsbetrag

Nr.	Ab	nach vorheriger Arbeitslosigkeit - 1 [€]	nach vorheriger Arbeitslosigkeit - 2 [€]	nach Größe der BG - 1 [Anz.]	Zus. leistungsbere. Mitglieder BG - 2 [Anz.]	nach Größe der BG - 3 [€]	Ergänzungsbetrag [€]
1	01.01.2018						

- Einstiegsgeld

Nr.	Ab	Grundbetrag [€]	Ergänzungsbetrag [€]	Einstiegsgeld [€]
1	01.01.2018			

Neu **Ändern** **Löschen** Monatsabrechnung neu berechnen

Module

10.43.32

COSACH Teilnehmer - AMP

Teilnehmer: Bearbeiten Ansicht Wechseln zu ?

Neu Speichern Löschen Drucken BK Vorheriger Nächster AG/Tüger Maßnahme Gültigkeit Desktop Desktopliste Inhalt Direkthilfe

AMP

COSACH Masken

- Wiedervorlagen
- Konsistenzprüfung
- eMIS
- Maßnahmenfinder
- Förderbescheid
- § 37
- § 42i/GANZL
- Bildungsgutschein
- FbV
- TM
- TM Einzelfall
- ABM
- BEH
- AGH SGB II
- SVL SGB II
- NVL SGB II
- BvB
- BNF
- Ruhe-Aufh
- VGS
- AMP

Kunde: [Redacted]

Förderart: **ESG: Einstiegsgeld** Förderfeld: **ESG-01: Einstiegsgeld - soz.vers.pfl. Beschäftigung**

Förderung entscheiden | **Monatsabrechnung EF** | Übergabe ERP | OS | Vermerke | Wiedervorlagen | Förderdaten I | Förderdaten II | Förderdaten III | **Kalkulation EF**

Kalkulation EF

Höchstbetrag [€]: 415,00 Beginn: 01.01.2018 Tatsächliches Ende: 31.12.2018
Dauer (Monate): 12,00

- Grundbetrag

Nr.	Ab	Individueller Regelbedarf des Antragstellers [€]	Fördersatz [%]	Grundbetrag [€]
1	01.01.2018	415,00	30,00	124,50

- Ergänzungsbetrag

Nr.	Ab	nach vorheriger Arbeitslosigkeit - 1 [€]	nach vorheriger Arbeitslosigkeit - 2 [€]	nach Größe der BG - 1 [Anz.]	Zus. leistungsbere. Mitglieder BG - 2 [Anz.]	nach Größe der BG - 3 [€]	Ergänzungsbetrag [€]
1	01.01.2018	0	83,20	1	1	41,60	124,80

- Einstiegsgeld

Nr.	Ab	Grundbetrag [€]	Ergänzungsbetrag [€]	Einstiegsgeld [€]
1	01.01.2018	124,50	124,80	249,60

Neu **Ändern** **Löschen** Monatsabrechnung neu berechnen

Module

11.58.22

COSACH Teilnehmer - AMP

Teilnehmer Bearbeiten Ansicht Wechseln zu ?

Neu Speichern Löschen Drucken BK Vorheriger Nächster AG/Träger Maßnahme Gutscheine Desktop Desktopliste Inhalt Deskthilfe

AMP

COSACH Masken

- Wiedervorlagen
- Konstanzprüfung
- AM-Bew
- Maßnahmenliste
- Förderbereich
- § 37
- § 42u/GANZL
- Bildungsgutscheine
- PfW
- TM
- TM Einzelfall
- ABM
- BEH
- AGH SGB II
- SVL SGB II
- VL SGB II
- BfB
- BNF
- Reha-AuW
- VGS
- AMP

Kunde: [Redacted]

Förderart: ESG: Einstiegsgeld Förderfeld: ESG-01: Einstiegsgeld - soz.vers.pfl. Beschäftigung

Kurzform Person Bewerber Förderdaten I Förderdaten II Förderdaten III Kalkulation EF

Förderung entscheiden Monatsabrechnung EF Übergabe ERP OS Vermerke Wiedervorlagen

Förderentscheidung

Fragebogen: ESG-av Fragebogen Version 4

Antwortliste

Nr.	Frage	Antwort
1	Handelt es sich bei der Kundin oder dem Kunden um einen/eine (§ 7 Abs. 1 SGB II) oder soll die Leistung als Sofortangebot (§ 3 Abs. 2 SGB II) erbracht werden?	[Dropdown]
2	Ist die Kundin / der Kunde ALG-Aufstocker und deshalb von der Leistung ausgeschlossen?	[Dropdown]
3	Handelt es sich um eine förderungsfähige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung? (kein Minijob, keine Ausbildung, Lohn verstößt nicht gegen Gesetz / gute Sitten, Arbeit in EU / Schweiz / EWR)	[Dropdown]
4	Wurde der Antrag rechtzeitig vor Aufnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gestellt?	[Dropdown]
5	Unterliegt die Kundin / der Kunde dem Förderausschluss für Rehabilitanden für Eingliederungsleistungen nach dem SGB II?	[Dropdown]
6	Sind andere Leistungsträger (bspw. Reha-Träger, Jugendhilfe) zu gleichartigen Leistungen verpflichtet? Begründen Sie ggf., welcher Leistungsträger vorrangig ist.	[Dropdown]
7	Erscheint die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung perspektivisch zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit geeignet?	[Dropdown]

Bemerkung/Begründung zur ausgewählten Frage

Speichern

12.01.11

COSACH Teilnehmer - AMP

Teilnehmer Bearbeiten Ansicht Wechseln zu ?

Neu Speichern Löschen Drucken BK Vorheriger Nächster AG/Träger Maßnahme Gutscheine Desktop Desktopliste Inhalt Deskthilfe

AMP

COSACH Masken

- Wiedervorlagen
- Konstanzprüfung
- AM-Bew
- Maßnahmenliste
- Förderbereich
- § 37
- § 42u/GANZL
- Bildungsgutscheine
- PfW
- TM
- TM Einzelfall
- ABM
- BEH
- AGH SGB II
- SVL SGB II
- VL SGB II
- BfB
- BNF
- Reha-AuW
- VGS
- AMP

Kunde: [Redacted]

Förderart: ESG: Einstiegsgeld Förderfeld: ESG-01: Einstiegsgeld - soz.vers.pfl. Beschäftigung

Kurzform Person Bewerber Förderdaten I Förderdaten II Förderdaten III Kalkulation EF

Förderung entscheiden Monatsabrechnung EF Übergabe ERP OS Vermerke Wiedervorlagen

Förderentscheidung

Fragebogen: ESG-av Fragebogen Version 4

Antwortliste

6	Sind andere Leistungsträger (bspw. Reha-Träger, Jugendhilfe) zu gleichartigen Leistungen verpflichtet? Begründen Sie ggf., welcher Leistungsträger vorrangig ist.	Bemerkung
7	Erscheint die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung perspektivisch zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit geeignet?	Begründung *
8	Ist die Förderung erforderlich und zugleich wirtschaftlich und sparsam? Begründen Sie, weshalb ggf. keine andere Leistung geeignet ist, die berufliche Integration auf dem AM günstiger zu erreichen.	Begründung *
9	Ermessensentscheidung: Entspricht die Förderung der Integrationsstrategie und dem Förderzweck ("Ob")? Begründen Sie weiterhin die Dauer, Ausgestaltung und Höhe der Förderung.	Begründung *

Bemerkung/Begründung zur ausgewählten Frage

Speichern

12.22.45

Gesamtergebnis

Ergebnis der Prüfung:

Förderentscheidung bestätigt:

Bestätigt am:

Bestätigt von:

Entscheidung bestätigen

PDF Förderentscheidung anzeigen

Förderung entscheiden → Daten hinterlegen → Entscheidung bestätigen und anschließend speichern.